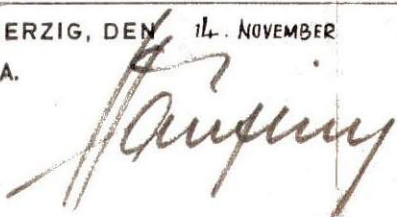


B E B A U U N G S P L A N

AUFTRAGGEBER:		GEMEINDE WELLINGEN	
AMTSBEZIRK:		HILBRINGEN	
BEZEICHNUNG DER LAGE:		.. AN DEN ZOLLHÄUSERN ..	
FLUR: 2		MASSTAB:	DER LANDRAT DES KREISES MERZIG-WADERN
ZEICHNUNG NR. 1		1 : 1 0 0 0	
		DATUM	KREISPLANUNGSSTELLE
AUFGETRAGEN:		11. 11.	
BEARBEITET :		14. 11.	MÜLLER H. V.T.
GESEHEN :		5.2.71	BLUM V.T.
GEPRÜFT :		//	//
ÄNDERUNGEN			
a	5.2.71 Fertiggest.		
b			
c			

MERZIG, DEN 14. NOVEMBER 1969
 I. A. 

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juni 1960

(BBL, I, S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom ...
18 JUNI 69 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde **WELLINGEN**
durch die Kreisplanungsstelle.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

SIEHE PLAN

1 Geltungsbereich

2 Art der baulichen Nutzung

2.1 Baugebiet

2.1.1 zulässige Anlagen

2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

2.2 Baugebiet

2.2.1 zulässige Anlagen

2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

2.3 Baugebiet

2.3.1 zulässige Anlagen

2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen

**ALLGEM. WOHNGEBIET, WA" BNVO §4
SIEHE BNVO §4(2) u. (3)
- AUSSER TANKSTELLEN -
ENTFÄLLT**

3 Maß der baulichen Nutzung

3.1 Zahl der Vollgeschosse

3.2 Grundflächenzahl

3.3 Geschosflächenzahl

3.4 Baumassenzahl

3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen

SIEHE PLAN

SIEHE PLAN

SIEHE PLAN

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

4 Bauweise

Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen

Stellung der baulichen Anlagen

7 Mindestbreite der Baugrundstücke

8 Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von Oberkante Straßenebene Mitte Haus bis zu Erdgeschossfußboden)

9 Fläche für überdachte Stellplätze und Garagen sowie inner Einfahrten auf den Baugrundstücken

10 Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie inner Einfahrten auf den Baugrundstücken

11 Baugrundstücke für den Gemeinbedarf

12 Überlängen für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehenen Flächen

13 Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist.

14 Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung

15 Verkehrsflächen

16 Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen

17 Versorgungsflächen

18 Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen

19 Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen

20 Grünflächen, wie Parkanlagen, Laubhainengärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe

21 Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen

22 Flächen für die Landwirtschaft und Forstwirtschaft

23 Mit Gel-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsstraßen oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen

24 Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen

25 Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohn-, Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind.

26 Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenen Schutzflächen und ihre Nutzung

27 Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern

28 Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern

OFFEN

SIEHE PLAN

SIEHE PLAN

ENTFÄLLT

**FESTSETZUNG IM EINZELFALL
NACH STRASSENPROJEKT**

**INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFÄCHE AM DEN SEITL. GRUNDST. GRENZEN, MÖGLICHEST MIT NACHBAR ZUSAMMEN. AUSNAHMEN SIND ZULÄSSIG
BBG. §31(2)**

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

GESAMTER GELTUNGSBEREICH

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

SIEHE PLAN

GEMÄSS STRASSENPROJEKT.

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

ENTFÄLLT

BEBAUUNGSPLAN

-SATZUNG-

„AN DEN ZOLLHÄUSERN“ GEMEINDE: WELLINGEN

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG, in Verbindung mit § 2 der
Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

ENTFÄLLT

Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG, in Verbin-
dung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

ENTFÄLLT

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG.

1 Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind

ENTFÄLLT

2 Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten
erforderlich sind

ENTFÄLLT

3 Flächen, unter denen der Bergbau ungeht

ENTFÄLLT

4 Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

ENTFÄLLT

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 3 Abs. 4 BBauG.

ENTFÄLLT

2

Flächenkennzeichnung

	Geltungsgebiet
	Bestehende Gebäude
	Geplante Gebäude
	Bestehende und geplante Straßen
	Reine Wohngebiete
	Allgemeine Wohngebiete
	Mischgebiete
	Bestehende Grundstücksgrenzen
	Geplante Grundstücksgrenzen
	Baulinie
	Baugrenze
	Wasserleitung
	Kanalleitung
	Geschöbzahl, I - zwingend, II - Höchstgrenze
	Grundflächenzahl, Geschöbflächenzahl

	Flächen o. Baugrundst. f. Gemeinbedarf Kindergarten
	Kirche
	Schule
	Verw. Gebäude
	Grünflächen
	Gärten u. Vorgärten
	Spielplatz
	Verkehrsflächen
	Öffentl. Strassen u. Wege
	Flächen f. Versorgungsanlagen
	Umformstation
	Flächen für die Landwirtschaft u.
	Forstwirtschaft mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen (Wasserl., Kanall. Hochap.)

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG, ausgelegt von 26.2.71 bis zum 1.4.71. Der
Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG, als Satzung vom Gemeinderat am 15.6.71 beschlossen.



Der Bürgermeister

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG, genehmigt

Saarbrücken, den 19. Oktober 1971

Der Minister des Innern - Oberste Landesbaubehörde

In Auftrag

Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auflegung gemäß § 12 BBauG, wurde am 29.10.71 ortsüblich bekanntgemacht.

WELLINGEN, den 10.12.71

Der Bürgermeister

